

## **Arbeitspapier**

Forschungsgruppe  
Nahe/Mittlerer Osten und Afrika  
Stiftung Wissenschaft und Politik  
Deutsches Institut für Internationale  
Politik und Sicherheit



*Iris Glosemeyer*

# **Der Anschlag in Riad: Unerwünschte Nebenwirkungen**

FG8-AP Nr. 10  
Mai 2003  
Berlin

# Inhalt

## **SWP**

Stiftung Wissenschaft und  
Politik  
Deutsches Institut für  
Internationale Politik und  
Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3-4  
10719 Berlin  
Telefon +49 30 880 07-0  
Fax +49 30 880 07-100  
[www.swp-berlin.org](http://www.swp-berlin.org)  
[swp@swp-berlin.org](mailto:swp@swp-berlin.org)

Arbeitspapiere sind Arbeiten  
aus der Forschungsgruppe, die  
nicht als SWP-Papiere herausge-  
geben werden. Dabei kann es  
sich um Vorstudien zu späteren  
SWP-Arbeiten handeln oder um  
Arbeiten, die woanders veröf-  
fentlicht werden. Kritische  
Kommentare sind den Autoren  
in jedem Fall willkommen.

**Terror in Riad 2**

**Ziel USA 2**

**Saudisch-amerikanische Beziehungen 2**

**Der saudische Kampf gegen den Terrorismus:  
verschärftes Tempo 3**

**Zerbricht das saudische Regime? 4**

## Terror in Riad

In der Nacht vom 12. auf den 13. Mai 2003 geschah das, wovon viele Experten und Politiker seit Beginn des Krieges gegen den Irak gewarnt hatten: ein Terroranschlag mit Dutzenden Toten und Verletzten, ausgeführt in Saudi-Arabien. Glücklicherweise war die Zahl der Toten deutlich niedriger als zunächst angenommen, an der politischen Bedeutung des Anschlags ändert das jedoch nichts.

Die Attentäter hatten vier Einrichtungen in Riad ausgewählt, darunter drei von Mauern und Wachmännern geschützte Wohnanlagen, in denen Ausländer leben. Gegen Mitternacht schossen sich drei Gruppen von Attentäter fast zeitgleich den Weg frei, um ihre Sprengladungen im Inneren der Wohnanlagen zu zünden. Wenig später demolierte ein weiterer Sprengsatz das Gebäude der amerikanisch-saudischen Firma Syanco.

## Ziel USA

Wie am 11. September 2001 waren dem Anschlag Zivilisten zum Opfer gefallen, sogenannte "soft targets". Die Botschaft an das saudische Regime ist deutlich: Die saudischen Sicherheitsbehörden sind trotz meßbarer Erfolge den Terroristen nicht gewachsen. Aber auch die Lektion für die US-Regierung ist hart: Es gibt keine absolute Sicherheit gegen terroristische Anschläge, und der Krieg gegen den Terrorismus ist mit militärischen Mitteln nicht zu gewinnen. US-Außenminister Powell konnte sich anlässlich seines Besuchs in Saudi-Arabien gleich nach seiner Ankunft am 13. Mai 2003 mit eigenen Augen vom Ausmaß der Verwüstung überzeugen.

Vizepräsident Cheney sprach zunächst von 91 Toten, darunter Amerikaner, Europäer und Asiaten. Die erste Reaktion des amerikanischen Präsidenten George W. Bush war heftig: Er verkündete, daß er die Anschläge für das Werk al-Qa'idas halte und fügte hinzu: "The United States will find the killers, and they will learn the meaning of American justice".

Allerdings mehren sich in den USA Stimmen, die die Anti-Terror-Politik der Regierung kritisierten. So warf der demokratische Senator Bob Graham der Regierung vor, mit dem Krieg gegen den Irak vom eigentlichen Krieg gegen den Terrorismus abgelenkt zu haben.

Tatsächlich stellt sich die Frage, welche Erfolge die

Bush-Administration in ihrem Kampf gegen den Terrorismus vorweisen kann. Bisher wurde weder Usama bin Laden gefangen genommen, der Urheber der Anschläge vom 11. September und Gründer der al-Qa'ida. Noch wurden Massenvernichtungswaffen im Irak gefunden, deren Existenz den Krieg der Alliierten gegen das Regime von Saddam Hussein – mit Hinweis auf mögliche bestehende oder künftige Verbindungen zu al-Qa'ida – rechtfertigen sollte. Was die amerikanische Regierung seit dem 11. September allerdings erreicht hat, ist dem Antiamerikanismus im Nahen und Mittleren Osten zu wachsendem Einfluß zu verhelfen. Das gilt auch und insbesondere für Saudi-Arabien.

## Saudisch-amerikanische Beziehungen

Die Untersuchung des Anschlags wird in jedem Fall zum Test für das ambivalente saudisch-amerikanische Verhältnis. Nicht nur die saudische Öffentlichkeit hat ein gespaltenes Verhältnis zu den USA. US-Politiker werfen ihrerseits der saudischen Regierung vor, nicht konsequent genug gegen potentielle Terroristen und deren Finanziere vorzugehen. Schon mehrfach wurden in den vergangenen Jahrzehnten in den USA Überlegungen angestellt, ob es nicht sinnvoll sei, die saudische Ostprovinz, in der die größten saudischen Ölreserven lagern, militärisch zu besetzen, um die Ölquellen zu sichern, ohne sich mit der saudischen Regierung arrangieren zu müssen.

Spätestens seit 1990 erregt die Stationierung amerikanischer Truppen offenes Unbehagen in der saudischen Öffentlichkeit. Damals, nach dem irakischen Überfall auf Kuwait, hatte die saudische Regierung trotz immenser Rüstungsausgaben (die zumeist in die USA flossen) ihre militärische Schwäche eingestehen müssen und um Hilfe ersucht. Die Zahl der in Saudi-Arabien stationierten Truppen, überwiegend US-Soldaten und Soldatinnen, betrug zeitweise etwa eine Halbe Million und provozierte radikale Islamisten, allen voran Usama bin Laden. Er sah in der Stationierung einen Angriff auf die heiligen Stätten des Islam, auch wenn nach dem zweiten Golfkrieg ein Großteil der Truppen wieder abgezogen wurde.

Bis kurz vor dem Krieg gegen den Irak im März 2003 war die Zahl der US-Truppen auf 5000 gesunken. Trotz der offiziell ablehnenden Haltung der saudischen Regierung, die bei einer Beteiligung am Krieg gegen den Irak innenpolitische Schwierigkeiten fürchtete, stieg deren Zahl in den folgenden Wochen auf

das Doppelte. Angeblich sollten sie das unkontrollierte Eindringen irakischer Flüchtlinge verhindern. Nachdem die potentielle Bedrohung Saudi-Arabiens durch Saddam Husseins Regime beseitigt worden war, verkündete die US-Regierung am 29. April 2003 den endgültigen Abzug ihrer Truppen, nur wenige Hundert sollten in Saudi-Arabien verbleiben.

Zu diesem Zeitpunkt hatten die Vorbereitungen für den Anschlag aber offenbar schon begonnen, und noch bevor der Abzug der amerikanischen Truppen abgeschlossen ist, halten nun Mitarbeiter amerikanischer Ermittlungsbehörden Einzug in Riad. Bereits Mitte der 1990er Jahre, nach den Anschlägen in Riad (1995) und Khobar (1996), hatten FBI-Mitarbeiter versucht, sich vor Ort an den Ermittlungen zu beteiligen. Darum bemüht, die nationale Souveränität Saudi-Arabiens in den Augen der eigenen Öffentlichkeit zu wahren – und wohl auch, um die Unfähigkeit der eigenen Behörden zu vertuschen –, erwies sich die saudische Regierung als nicht sehr kooperativ. Auch nach den letzten Anschlägen drohen ähnliche Schwierigkeiten. Präsident Bushs Bemerkung, die Attentäter die amerikanische Gerechtigkeit spüren zu lassen, zeugte von wenig Sensibilität für die Situation der saudischen Führung. Die Redaktion der in London erscheinenden saudischen Zeitung al-Hayat zog es jedenfalls vor, das Adjektiv zu unterschlagen, als sie Präsident Bush zitierte. Inzwischen hat die amerikanische Regierung den Ton ihrer Verlautbarungen justiert, was wohl auch damit zusammenhängt, daß höchstens zehn der 34 Toten US-Amerikaner waren. Nunmehr ist davon die Rede, die saudischen Behörden in jeglicher Form unterstützen zu wollen. Auch ist die amerikanische Regierung offenbar bereit, ihrerseits Zugeständnisse zu machen, um der saudischen Regierung die Kooperation zu erleichtern. Anders läßt sich die Überstellung von fünf saudischen Staatsbürgern, die in Guantanamo Bay festgehalten worden waren, an die saudischen Behörden am 15. Mai 2003 kaum interpretieren. Gleichzeitig verkündete die saudische Stiftung "al-Haramain", die mit oder ohne Wissen der Zentrale radikale muslimische Gruppen in mehreren Ländern unterstützt hat, etliche ihrer Auslandsbüros schließen zu wollen.

Der Terroranschlag von Riad könnte somit das Gegenteil dessen bewirken, was die Attentäter eigentlich beabsichtigt hatten: Er könnte eine Verbesserung der Kooperation zwischen Washington und Riad in der Terrorismusbekämpfung zur Folge haben. Eine allzu starke Annäherung an die USA bleibt aber für das saudische Regime gefährlich, solange die US-

Regierung ihre Nahostpolitik nicht reformiert.

## Der saudische Kampf gegen den Terrorismus: verschärftes Tempo

Eine Woche vor dem Anschlag hatten die saudischen Behörden einen Erfolg verbuchen können: Am 6. Mai stießen sie auf eine Terrorzelle, deren Größe auf 50 bis 60 Mitglieder geschätzt wird. Die Verdächtigen entkamen zwar, aber sie hinterließen eine breite Spur: Waffen, Sprengstoff, Perücken, Bärte, echte und gefälschte Ausweise. Das Material ließ vermuten, daß ein größerer Anschlag geplant war. Tatsächlich lagen derartige Hinweise spätestens seit April vor, und die amerikanische Regierung warnte ihre Bürger bereits am 1. Mai vor Reisen nach Saudi-Arabien. Daß der Anschlag trotz aller Warnungen nicht verhindert werden konnte, bestätigt erneut die bekannten Defizite der saudischen Sicherheitsbehörden.

Um die Verdächtigen zu finden, griffen die saudischen Behörden zu ungewöhnlichen Maßnahmen. Im Gegensatz zu früheren Gelegenheiten wurden die Fakten nicht unter den Tisch gekehrt, sondern veröffentlicht. Auf die 19 Verdächtigen (darunter 17 Saudis), deren Identität sich ermitteln ließ, wurde Kopfgeld ausgesetzt. Inzwischen hat sich ein Mitglied der Terrorzelle den Behörden gestellt.

Bisher ist die Rede von sechs überlebenden Attentätern, deren Identität zwar feststehen soll, aber noch nicht bekanntgegeben wurde. Einige von ihnen sollen zur Gruppe der 19 Verdächtigen gehören. Offenbar handelte es sich um die Nachwuchsgeneration von al-Qa'ida, die erst in jüngerer Zeit rekrutiert worden war, und deren Namen nicht einmal den früheren al-Qa'ida-Führern bekannt sein sollen. Die große Zahl früherer saudischer Afghanistan-Kämpfer, deren Wiedereingliederung in die saudische Gesellschaft den jeweiligen Familien überlassen blieb, bietet nach wie vor ein großes Reservoir an ausgebildeten Kämpfern. Aber auch die Kombination aus der intoleranten wahhabitischen Lehre, wie sie den saudischen Kindern schon in der Schule verabreicht wird, und einer angespannten Wirtschaftslage, die die junge Generation mit einer unsicheren Zukunft konfrontiert, bereitet Organisationen wie al-Qa'ida den Boden.

Die Besetzung des Irak durch die Alliierten und die Art und Weise, wie dort die öffentliche Ordnung hergestellt bzw. nicht hergestellt wird, dürfte die Arbeit der Rekrutierer weiter erleichtert haben. Schon vor Beginn der Kämpfe im Irak empörten sich islamisti

sche und andere politische Aktivisten aus Staaten der Arabischen Halbinsel – zumeist aus Saudi-Arabien – koordiniert und öffentlich gegen die bevorstehende Invasion. In ihren Augen handelte es sich dabei weder um eine Maßnahme im Kampf gegen den Terrorismus, noch um einen Krieg zur Befreiung des irakischen Volkes von Saddam Hussein. Vielmehr interpretierten sie den Krieg als Fortschreibung des Angriffs einer Koalition von "Zionisten und christlichen Fundamentalisten" auf die islamische Welt. Während des Krieges infiltrierte eine unbekannte Zahl von Saudis den Irak, um dort den Jihad gegen die Alliierten zu führen, und saudische Prediger wurden wegen aufrührerischer Predigten suspendiert.

Die Entdeckung der Terrorzelle und die ungewöhnliche Vorgehensweise der Behörden hat möglicherweise auch Auswirkungen auf die Durchführung des Anschlags am 12. Mai gehabt. Einerseits war der Anschlag genau geplant: Den Besuch von Außenminister Powell nutzend, führten die Attentäter ihre Anschläge koordiniert aus. Bei den Anschlägen kamen dann aber mindestens zehn arabische Staatsbürger ums Leben, darunter zwei jordanische Kinder. Dies könnte darauf hindeuten, daß die Auswahl der Ziele nicht ebenso sorgfältig durchgeführt werden konnte wie die übrige Planung, weil die Attentäter unter Fahndungsdruck standen. Auf jeden Fall scheinen die Anschläge mehr Empörung als Beifall ausgelöst zu haben. Daß Saudi-Arabien nun in den internationalen Medien – wie schon nach dem 11. September – als "Wiege des Bösen" dargestellt wird, kostet die Attentäter öffentliche Sympathien. Auch dies wird kaum in ihrer Absicht gelegen haben.

## Zerbricht das saudische Regime?

Das Vorgehen der saudischen Behörden verdient eine genauere Betrachtung. Die Publikation der Namen und Fotos der Verdächtigen und das Aussetzen von Kopfgeld ist ein Zeichen ungewöhnlicher Transparenz. Bis vor kurzem leugnete die Regierung, und damit auch die von ihr kontrollierte Presse, jedwede Existenz von Kriminalität und anderen Unannehmlichkeiten im Land der heiligen Stätten Mekka und Medina. Die neue Offenheit ist symptomatisch für den Stand der innenpolitischen Debatte über Reformen in Saudi-Arabien, die zu Lasten radikaler Kräfte geht. Sogar Übergriffe der Religionspolizei auf Frauen, Journalisten etc. – ein höchst brisantes Thema – gerieten in den letzten Wochen mehrfach in das Visier der

saudischen Medien. Dies könnte die Militanz radikaler Elemente zusätzlich motiviert haben.

Die Verfasser eines offenen Briefes mit Reformvorschlägen an den König, den Kronprinzen und eine Reihe anderer Prinzen dagegen wurden im Januar 2003 vom Kronprinzen empfangen. Dieser hatte kurz zuvor verkündet, es sei Zeit für politische Reformen in Saudi-Arabien und den anderen arabischen Staaten.

Genau das fordern auch die USA von der saudischen Regierung: Reformen. Jahrzehntlang wurden Menschenrechtsverletzungen und die Verweigerung bürgerlicher Freiheiten in Saudi-Arabien von der US-Regierung ignoriert, was die saudische Opposition als weiteres Beispiel für die westliche Doppelmoral wertet. Schließlich ist Saudi-Arabien ein "reliable swing producer", gleicht also Preisschwankungen auf dem Erdölmarkt durch Anpassung der Fördermengen aus, wie nach dem 11. September und zu Beginn des Krieges gegen den Irak. Damit wiederum liefert die saudische Führung ihren Gegnern, die sie als Marionetten Washingtons darstellen, politische Munition.

Es sind aber nicht nur die Beziehungen zu den USA, die der saudischen Führung Schwierigkeiten bereiten. Fast noch problematischer sind sozio-ökonomische Herausforderungen wie hohe Staatsverschuldung, hohe Jugendarbeitslosigkeit, überdurchschnittliches Bevölkerungswachstum, stetig sinkendes Pro-Kopf-Einkommen und ein Bildungswesen, dessen Qualität den politischen und wirtschaftlichen Gegebenheiten nicht angemessen ist. Hinzu kommen die Folgen rapider Urbanisierung, Regionalismen und Ansprüche verschiedener religiöser Minderheiten auf Gleichstellung, während die Vertreter der dominanten wahhabitischen Lehre ihre Stellung verteidigen. Aber auch die Königsfamilie selbst bietet immer wieder Anlaß zur Spekulation darüber, wann das Herrscherhaus die Kontrolle verlieren wird.

Die Herausforderungen sind immens, und sie werden wachsen. Sie sind allerdings auch nicht neu. Seit Mitte der 1990er Jahre und verstärkt seit Ende 2001 hat die Herrscherfamilie vorsichtig begonnen, einzelne Probleme zu lösen. Der schiitischen Minderheit in der ölreichen Ostprovinz versucht das Herrscherhaus ebenso entgegenzukommen wie den – zahlenmäßig geringen, aber zunehmend einflußreichen – liberalen Kräften, möglichst ohne die wahhabitischen Hardliner allzusehr zu provozieren. Angesichts der wirtschaftlichen Situation ist die Herrscherfamilie auch zunehmend auf die Kooperation der privaten Unternehmer angewiesen, vor allem wegen der saudischen Berufsanfänger, die der öffentliche Sektor nicht mehr absor-

bieren kann. Die Unternehmerschaft hat im Gegenzug allerdings auch Reformen im Schulsystem ange-mahnt, denn viele der Absolventen sind nicht ausreichend qualifiziert. Auch auf andere, vor dem 11. September wenig einflußreiche, Akteure ist die Herrscherfamilie zunehmend angewiesen, vor allem um das angeschlagene Image des Königreichs im Ausland zu verbessern. Liberalen Kräften wird daher seit Ende 2001 ein relativ weiter Spielraum eingeräumt, und verschiedene saudische Journalisten haben in der letzten Zeit deutlich die rote Linie überschritten, mit der die saudische Führung versucht, sich selbst zu schützen und die verschiedenen politischen Kräfte des Landes voneinander fernzuhalten.

Insgesamt bietet der Terroranschlag vom 12. Mai daher auch eine Chance, die Umsetzung längst über-fälliger Reformen – von denen viele bereits seit langem konzipiert sind – zu beschleunigen. Dies wird kurz- und mittelfristig zwar nicht unbedingt zur Beruhi-gung der innenpolitischen Lage führen, denn die Re-formen werden auf Widerstand stoßen. Langfristig werden sie aber zur Stabilität des Königreichs beitra-gen. Daß seit dem 11. September 2001 erhebliche Fortschritte gemacht wurden, zeigt schon die schnelle Reaktion der saudischen Führung, die den amerikani-schen Experten ohne jegliche Verzögerung die Einrei-se ermöglicht hat, wie auch die vergleichsweise selbstkritische Haltung der saudischen Führung und Öffentlichkeit.